



Das NSU-Verfahren und seine gesellschaftspolitische Dimension

Dr. Mehmet Daimagüler im Gespräch mit Christoph Giesa

Donnerstag, 12. April 2018

18:00 Uhr

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Hörsaal 024, Hauptgebäude

Jena

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT



Programm

18:00 **Herzlich Willkommen**

Begrüßung

Reinhard Kitzig

Liberales Forum Jena,
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Impuls

Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler MPA (HKS)

Rechtsanwalt und Autor u. a. von
„Empörung reicht nicht!“

Dr. Mehmet Daimagüler im Gespräch mit

Christoph Giesa

Blogger und Autor u. a. von „Gefährliche Bürger“

anschl. **Diskussion**



Vorgestellt



Dr. Mehmet Gürcan Daimagüler MPA (HKS)

ist als Anwalt seit Ende 2011 in den NSU-Komplex involviert. Auch im so genannten „Auschwitz-Prozess“ vertrat er die Nebenklage. Er studierte in Bonn, Harvard und Yale und war einige Jahre Mitglied des FDP-Bundesvorstands. 2011 erschien sein Buch „Kein schönes Land in dieser Zeit“, in dem er eindrücklich einen Blick auf die bundesdeutsche Realität wirft. Sein neuestes Buch ist sein Plädoyer zum NSU-Prozess „Empörung reicht nicht! Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran.“



Christoph Giesa

ist selbstständiger Publizist. In seinem Buch „Gefährliche Bürger – Die neue Rechte greift nach der Mitte“ (Hanser Verlag 2015) warnte er früh vor der Gefahr für die Demokratie durch neurechte Strömungen. Das Zeitgeschehen kommentiert er auch in seinem Blog unter blog.christophgiesa.de.

Das NSU-Verfahren und seine gesellschaftspolitische Dimension

Die ersten Plädoyers sind gehalten und in den nächsten Wochen soll das Urteil im NSU-Prozess gesprochen werden. Unabhängig von den rein juristischen Fragen hat das Verfahren eine politische Ebene. Was diese angeht, wird auch vor dem Richterspruch schon deutlich: Eine echte Aufklärung der in Deutschland beispiellosen rassistisch motivierten Mordserie ist nicht gelungen – möglicherweise von einigen auch nicht gewollt? Die Gründe dafür sind ebenso zahlreich wie die Verantwortlichen.

Mehmet Daimagüler, der als Nebenklageanwalt zwei der Opferfamilien vertritt, skizziert in seinem Buch „Empörung reicht nicht – Unser Staat hat versagt, jetzt sind wir dran“ Versäumnisse von Politik und Strafverfolgungsbehörden im NSU-Skandal. Nach einem kurzen Impuls sprechen Mehmet Daimagüler und **Christoph Giesa** über den Verlauf des Prozesses, über Recht und Demokratie.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe **NSU-Spurensuche – Menschen im Mittelpunkt, Institutionen im Brennglas** statt.

Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt stammen aus Jena und lernten sich im Jenaer Jugendclub „Winzerschub“ kennen.

Wir laden Sie herzlich ein, mit den Referenten ins Gespräch zu kommen.

Mit allen Kräften für eine liberale Welt: Unsere Politische Bildung und Begabtenförderung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet liberale Angebote zur Politischen Bildung. Damit ermöglichen wir es dem Einzelnen, sich aktiv und informiert ins politische Geschehen einzumischen. Begabte junge Menschen fördern wir durch Stipendien. International setzen wir uns in mehr als 60 Ländern für Menschenrechte und Demokratie ein, indem wir Politikdialog und Politikberatung unterstützen. Anliegen und Verpflichtung zugleich: Seit 2007 ist der Zusatz „für die Freiheit“ Bestandteil unseres Stiftungsnamens. Unsere Geschäftsstelle ist in Potsdam, Büros unterhalten wir in ganz Deutschland und weltweit.

Politische Analysen, liberale Argumente und Neues aus der Stiftungswelt – informieren Sie sich auf www.freiheit.org.



Informationen und Kontakte

Veranstaltungsort

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Hörsaal 024, Hauptgebäude
Fürstengraben 1
07743 Jena

Veranstalter

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Regionalbüro Mitteldeutschland
Schönewitzer Straße 9a
06116 Halle (Saale)
www.halle.freiheit.org

Organisation

Heike Heil
Telefon 03 45.6 86 96-10
heike.heil@freiheit.org

Leitung

Katja Raab

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter
www.freiheit.org/teilnahmebedingungen

Jetzt anmelden unter:
<https://shop.freiheit.org>

oder über unseren zentralen Service:

E-Mail service@freiheit.org
Telefon 0 30.22 01 26 34 (Mo – Fr von 8 – 18 Uhr)
Telefax 0 30.69 08 81 02

✉ Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Postfach 1164
53729 Sankt Augustin

ANMELDUNG

Bitte vollständig ausfüllen und Zutreffendes ankreuzen !

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Postfach 1164
53729 Sankt Augustin

Diese Veranstaltung ist kostenfrei. Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.freiheit.org/teilnahmebedingungen
Ihre Anmeldung können Sie auch per Fax oder E-Mail senden: **Telefax: 0 30.69 08 81 02, E-Mail: service@freiheit.org**

Das NSU-Verfahren und seine gesellschaftspolitische Dimension

12.04.2018, 18:00 Uhr, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Begleitung

Name	Name
Vorname	Vorname
Institution	Institution
Straße/Nr.	Straße/Nr.
PLZ/Ort	PLZ/Ort
E-Mail	E-Mail

Begleitung

Name
Vorname
Institution
Straße/Nr.
PLZ/Ort
E-Mail

.....
Datum, Unterschrift

Sie haben von den Teilnahmebedingungen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Kenntnis genommen und erkennen sie hiermit an. Sie sind damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der Stiftung auf weitere Veranstaltungen aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Informationen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§ 28, Abs. 4 BDSG).

Teilnahmebedingungen

Die Veranstaltung steht allen Bürgerinnen und Bürgern zur Teilnahme offen. Da das Seminar als politische Bildungsveranstaltung aus öffentlichen Mitteln gefördert wird, ist eine Verpflichtung zur Teilnahme an allen Programmteilen Voraussetzung für Ihre Anmeldung.

Ihre Anmeldung kann online oder über einen Anmeldebogen erfolgen und ist für Sie verbindlich. Wenn in der Beschreibung der Veranstaltung nicht anders angegeben, erhalten Sie von uns spätestens 10 Tage vor Veranstaltungsbeginn eine verbindliche Bestätigung Ihrer Anmeldung.

Im Rahmen der Veranstaltung können Bild- und Tonaufnahmen für Dokumentationszwecke gemacht werden. Mit ihrer Teilnahme erklären sich die Teilnehmer damit einverstanden, dass sie auf solchen, auch für die Veröffentlichung im Internet vorgesehenen Übertragungen, Video-Aufzeichnungen oder Fotografien abgebildet werden.

Bei weniger als 10 Anmeldungen oder höherer Gewalt behalten wir uns die Absage der Veranstaltung vor. Wir werden Sie so rechtzeitig wie möglich über einen Ausfall informieren. Gegebenenfalls geleistete Zahlungen erstatten wir Ihnen umgehend.

So die Veranstaltung kostenpflichtig ist, wird die Teilnahmegebühr mit der von uns versendeten verbindlichen Bestätigung bzw. der Rechnung fällig. Wenn Sie im Rahmen der Anmeldung Barzahlung am Veranstaltungsort angegeben haben, wird der Betrag erst zum Beginn der Veranstaltung fällig. Wenn Sie sich mit einem reduzierten Teilnahmebeitrag angemeldet haben, bringen Sie bitte einen geeigneten Nachweis zur Veranstaltung mit oder senden ihn per E-Mail an service@freiheit.org. Der reduzierte Teilnahmebeitrag gilt für Schüler, Studenten (bis 30 Jahre), Auszubildende und Arbeitslose.

Für mehrtägige, kostenpflichtige Veranstaltungen gilt: Bis zu 20 Tagen vor Veranstaltungsbeginn können Sie Ihre Anmeldung kostenlos stornieren. Stornieren Sie Ihre Buchung bis zu 5 Tagen vor Veranstaltungsbeginn, werden 50 % des Tagungsbeitrages als Ausfallgebühr fällig. Bei späterer Absage oder bei Nichterscheinen wird der gesamte Betrag fällig, es sei denn, Sie benennen mit Ihrer Absage einen Ersatzteilnehmer.

Für eintägige, kostenpflichtige Veranstaltungen gilt die folgende Regelung, wenn nicht in der Einladung eine abweichende Regelung angegeben ist: Bis zu 3 Tagen vor Veranstaltungsbeginn können Sie Ihre Anmeldung kostenlos stornieren. Bei späterer Absage oder bei Nichterscheinen wird der gesamte Betrag fällig, es sei denn, Sie benennen mit Ihrer Absage einen Ersatzteilnehmer.

Bitte begleichen Sie den fälligen Tagungsbeitrag wie auf der Anmeldung angegeben. Bei einigen Veranstaltungen akzeptieren wir aus organisatorischen Gründen nur Barzahlung.

Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen. Gerichtsstand ist Potsdam.